








TOCUS

canada



Bonn — im Mai 1983

-  Staatsbesuch: Generalgouverneur Edward Schreyer
-  Kanadas Position in Williamsburg
-  Die Neuverteilung der Meeresschätze
-  Kulturpolitik auf dem Prüfstand
-  Geisterschiffe im Ontariosee

Inhalt	Seite
Staatsbesuch aus Kanada	4
Wirtschaftsgipfel in Williamsburg	6
Interview: Minister Johnston	8
Kanada unterstützt Seerechtskonvention	10
Schritte zur Praxis	11
Zwei Geisterschiffe	12
Steinschnitzer Joseph Jacobs	13
Kulturpolitische Bilanz	14




Neuer Oppositionschef

 Erstmals in der Geschichte der konservativen Partei Kanadas lenkt ein Mann aus der franko-kanadischen Provinz Québec die Geschicke der Progressiven Konservativen. Der neue Bundesvorsitzende der Konservativen, **Brian Mulroney**, ein erfolgreicher Geschäftsmann aus Montréal, hatte im vierten Wahlgang seinen Amtsvorgänger der letzten sieben Jahre, Joe

Clark, mit 1584 gegen 1325 der Delegiertenstimmen eines Parteikongresses geschlagen. Joe Clark hatte vor einigen Monaten den Parteivorsitz niedergelegt, weil er sich nicht mehr von der Gesamtpartei unterstützt fühlte. Das erste Ziel des neuen Chefs der Konservativen, der die französische wie die englische Sprache perfekt beherrscht und sich schon von daher als Integrationspotential der Partei versteht, wird es sein, möglichst bald über eine Nachwahl zu einem Sitz im kanadischen Parlament zu kommen, damit er dann auch den Fraktionsvorsitz der Progressiven Konservativen übernehmen kann.


Ölsuche für China

 Die Volksrepublik China hat erstmals Bohrlicenzen zur Erschließung von Erdölvorkommen in den chinesischen Küstengewässern


an ein ausländisches Konsortium vergeben, dem mit jeweils zehn Prozent auch zwei kanadische Unternehmen angehören, neben britischen, australischen und brasilianischen. Auf einer Gesamtfläche von 14 000 Quadratkilometern sollen die Ölsucher das Chinesische Meer zwischen Taiwan und Hainan sowie das Gelbe Meer zwischen dem Festland und Korea nach Öllagerstätten erforschen. Dem jetzt unterzeichneten Explorationsabkommen waren vierjährige seismische Untersuchungen in den chinesischen Gewässern vorausgegangen, die 45 ausländische Firmen im Auftrag der Chinesen durchgeführt hatten.



Der Sieger

 Zum drittenmal hintereinander hat sich die Mehrheit der Wähler in British Kolumbien für eine von der Sozialkredit-Partei **William Bennetts** gebildete Provinzregierung entschieden. Mit seinem privatwirtschaftlich ausgerichteten Sanierungsprogramm für die Provinz an der Pazifikküste, deren Arbeitslosenrate von 14 Prozent überdurchschnittlich hoch ist, konnte der bisherige und zukünftige Ministerpräsident Bennett bei den letzten Provinzwahlen der sozialdemokratischen Opposition sogar noch Stimmen abjagen. Im neuen Provinzparlament haben sich die Sozialkreditisten um vier auf 35 Sitze verstärkt. Die (sozialdemokratische) NDP muß sich jetzt mit 22 Mandaten begnügen.



 Das für die Landwirtschaft zuständige Mitglied des Politbüros der KPdSU, **Michail Gorbatschow**, gleichzeitig auch ZK-Sekretär, hielt sich an der Spitze einer Delegation von Abgeordneten des Obersten Sowjets und von Vertretern des Ministerrates der UdSSR zu einem einwöchigen Besuch in Kanada auf. Auf seiner ausgedehnten Kanada-Reise, zu der die Vorsitzende des kanadischen Unterhauses, **Jeanne Sauv e**, eine Einladung ausgesprochen hatte, führte Gorbatschow mehrere Gespräche mit kanadischen Regierungsmitgliedern und auch mit Premierminister **Pierre Trudeau**. Auf dem Programm der Sowjet-Delegation standen auch Besichtigungen von landwirtschaftlichen Betrieben in den Provinzen Ontario und Alberta. Dort traf Gorbatschow auch mit Vertretern der Provinzregierungen zusammen. Unser Bild zeigt Michail Gorbatschow (rechts) im Gespräch mit Premierminister Trudeau (links). Foto: R. Vroom

Herausgeber:
Botschaft von Kanada
Der Leiter der Abteilung
für Öffentlichkeitsarbeit,
Serge Marcoux
Friedrich-Wilhelm-Straße 18
5300 Bonn 1
Telefon 02 28 / 23 10 61. FS 886 421

Redaktion:
Grit Porsch (verantwort.)
J. J. Moskau, J. Broadbridge
Heussallee 2-10, Pressehaus II/209
5300 Bonn 1
Telefon 02 28 / 34 63 96, FS 886 660

Druck und Verlag:
Courir Druck-, Werbe- und Verlagsgesellschaft m. b. H.
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2

Layout: Horst Brandenburg
Nichtredaktionelle Anfragen zu Kanada beantwortet die Abteilung Öffentlichkeitsarbeit der Botschaft.

Hier wiedergegebene Meinungen sind nicht notwendigerweise identisch mit denen der kanadischen Regierung. Artikel aus „focus canada“, sofern nicht ausdrücklich durch Copyright gesch tzt, können kostenfrei nachgedruckt werden.
Bitte teilen Sie uns Adressenänderungen mit.

Titelfoto: Peter Bregg

Grußworte:

„Freunde und Partner“



Bundespräsident Carstens

Generalgouverneur Schreyer



„Ihr Besuch ist der erste kanadische Staatsbesuch in Deutschland.

Indem wir Sie als Gast und Freund bei uns aufnehmen, ehren wir das große und befreundete Land, das Sie vertreten. Zwischen dem kanadischen und dem deutschen Volk bestehen – wie Premierminister Trudeau einmal gesagt hat – gemeinsame Bande der Verwandtschaft des Herzens und des Geistes...

Wir sind glücklich, daß wir in Ihnen Nachfahren deutscher Auswanderer begrüßen dürfen. Sie verkörpern die menschlichen Beziehungen zwischen unseren Völkern. Bei Ihren Abstechern zu den Orten, aus denen Ihre Vorfahren stammen, nach Bingen am Rhein und nach Hannover, begleiten Sie unsere guten Wünsche.

Bei Ihrer Reise durch die Bundesrepublik werden Sie die Sympathie spüren, die wir Deutsche für Ihr Land empfinden. Die Herzlichkeit der Beziehungen, von der ich gesprochen habe, erklärt sich durch eine glückliche Verbindung von Fremdem und Verwandtem, von Gleichem und Verschiedenem. Verschieden ist die Lebenserfahrung. In der Weite der Natur Kanadas erleben seine Bewohner noch wirkliche Einsamkeit.

Gleich aber sind unsere Lebensanschauung und unsere Wertvorstellungen. Sie haben viele gemeinsame Wurzeln, und sie haben bei Ihnen und bei uns eine staatliche und gesellschaftliche Ordnung entstehen lassen, für welche die Freiheit des einzelnen, die Demokratie und das Recht die Grundpfeiler sind.“

„Ich möchte Ihnen sagen, welche besondere Freude es für einen kanadischen Generalgouverneur und seine Familie ist, im Lande ihrer Vorfahren sein zu können.

Man muß sich eingehend mit der Geschichte befassen, um die fortlaufende Entwicklung unserer eng miteinander verflochtenen Beziehungen zu verstehen – nicht nur mit dem Mosaik der kulturellen Werte des Westens, seiner politischen und wirtschaftlichen Grundsätze, sondern auch ganz besonders mit den familiären Bindungen des einzelnen.

Unsere Politiker, Unternehmer und Geschäftsleute haben alles darangesetzt, um eine Zusammenarbeit entstehen zu lassen, die sowohl in quantitativer als auch qualitativer Hinsicht ständig wächst. Diese Zusammenarbeit wird dadurch gefördert, daß das kulturelle und politische Erbe unserer beiden Länder Ähnlichkeiten und sogar Gemeinsamkeiten aufweist.

Gemeinsam müssen wir in zunehmendem Maße die Belange unserer Partner, unserer Nachbarn, insbesondere der weniger begünstigten Entwicklungsländer, berücksichtigen.

Ich sehe in der Bundesrepublik und Kanada zwei Länder, die auf der Grundlage der übernommenen gemeinsamen Werte zusammenarbeiten können, um noch engere Beziehungen zueinander herzustellen, aber auch um eine menschliche Zukunft für ihre bedürftigsten Partner in der Gemeinschaft der Völker zu schaffen.“



Generalgouverneur Edward Schreyer

Partnerschaft intensivieren



Als ihn ein Reporter von Radio Canada International am Vorabend seiner Abreise nach Europa fragte, was er denn von diesem ersten Staatsbesuch eines kanadischen Staatsoberhauptes in der Bundesrepublik Deutschland erwarte, gab der deutschstämmige Generalgouverneur Kanadas, Edward Schreyer, ihm – in deutscher Sprache – gelassen zur Antwort: „Bei meinem offiziellen Besuch in der Bundesrepublik Deutschland gibt es für mich zwei ganz unterschiedliche, aber gleichberechtigte Schwerpunkte: Ich besuche voller Interesse das Land meiner Vorfahren, das diese vor zweihundert Jahren verlassen haben. In gleichem Maße aber gilt mein Interesse den Gesprächen über eine Ausweitung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen unseren beiden Ländern.“

So konnte es nicht verwundern, daß Edward Schreyer und seine Frau Lily die Bundesrepublik zu Wasser (auf dem Rhein), zu Lande und in der Luft bereisten, um die umfangreiche Programmfolge dieses knapp einwöchigen Staatsbesuches absolvieren zu können.

In der Bundeshauptstadt, wo Bundespräsident Karl Carstens den hohen Gast aus Kanada willkommen geheißen hatte, führte Edward Schreyer Gespräche mit Bundeskanzler Helmut Kohl, mit Außenminister Hans-Dietrich Genscher sowie mit Vertretern aller im bundesdeutschen Parlament vertretenen Parteien.

Zu seinen Reisezielen gehörten – nach Bonn und Berlin – die Wirtschaftszentren Stuttgart, München und Hannover wie auch Orte familiärer Reminiszenzen des kanadischen Staatsoberhauptes und seiner Frau, so das niedersächsische Celle und das rheinland-pfälzische Dorf Weiler, von wo aus, nachweislich erhaltener Kirchenbücher, ein Wolfgang Schreyer im Jahre 1783 mit seiner Familie nach Galizien übergesiedelt

war. Dessen Nachfahren, darunter Edward Schreyers Großvater, hatten sich einhundert Jahre später nach Kanada eingeschifft.

Als Oberbefehlshaber der kanadischen Streitkräfte bezog der Generalgouverneur einen Kurzbesuch bei den im Schwarzwald stationierten kanadischen NATO-Streitkräften in das umfangreiche Programm seines Deutschlandbesuchs mit ein.

Vieles hat sich verändert, seit Theodor Heuss, der erste deutsche Bundespräsident, vor einem Vierteljahrhundert Kanada einen offiziellen Besuch abgestattet hat.

Mittlerweile ist aus dem Einwandererland der internationale Wirtschaftspartner Kanada geworden, der an deutschen Investitionen und Technologien zur Ausbeutung seiner reichen Ressourcen weitaus mehr



Bundeskanzler Kohl mit Generalgouverneur Schreyer und Kanadas Staatsminister für Auswärtige Beziehungen Charles Lapointe.



In Weiler dem Heimatdorf der Vorfahren.

Fotos: P. Bregg

interessiert ist als an zusätzlichen Arbeitskräften. Sein Handelsverkehr mit der Bundesrepublik hat sich auf ein Jahresvolumen von fünf Milliarden DM ausgeweitet. Und, so Edward Schreyer beim Staatsbankett auf Schloß Augustusburg in Brühl: „Zweifello gibt es noch viel Raum für die Intensivierung des Handels, der beiderseitigen Investitionen, der Kooperationsvorhaben und der Forschung in den Bereichen der Spitzentechnologien.“

Das Hauptaugenmerk des bilateralen Interesses, das zeigte sich auch bei den Gesprächen, die Edward Schreyer mit den Ministerpräsidenten Albrecht, Späth und Strauß führte, liegt dabei auf der mittelständischen bundesdeutschen Wirtschaft. Das „weite Feld noch ungenutzter wirtschaftlicher Kooperationsmöglichkeiten“, als das das deutsch-kanadische Wirtschaftspotential häufig beschrieben wird, gilt es also auch weiterhin zu bestellen.

In Berlin, wo Kanada eine Militärmission unterhält, stand die Bekundung der politischen Solidarität im Mittelpunkt des Besuchs des Generalgouverneurs. „Kanada ist stolz darauf, mit Berlin verbunden zu sein. Es unterstützt den Wunsch der Berliner, eine dynamische, westlich orientierte und demokratische Stadt zu bleiben“, betonte Edward Schreyer gegenüber dem Regierenden Bürgermeister Richard von Weizsäcker. Die



Festlicher Empfang auf Schloß Augustusburg in Brühl

Foto: Peter Bregg

„geographisch isolierte und politisch einmalige Stadt Berlin“ habe, so Schreyer, einen „besonderen Symbolcharakter für alle freien Menschen“. Sie erfordere die besondere Unterstützung durch die Bündnispartner.

Kanadas Außenminister Allan MacEachan, der in der Zeit des Staatsbesuchs ebenfalls Europa bereiste, nutzte einen kurzen Besuch in der

Bundeshauptstadt, um mit seinem Kollegen Hans-Dietrich Genscher neben globalen Themen wie dem Stand der KSZE-Folgekonferenz in Madrid und des Nord-Süd-Dialogs die Ausbaufähigkeit der deutsch-kanadischen Wirtschaftsbeziehungen vor allem im Energiebereich sowie die zwischen Kanada und der EG bestehenden Kontroversen zu besprechen.

Kanadas Staatsoberhaupt



Seitdem Königin Elisabeth II. am 22. Januar 1979 den Sozialdemokraten und vormaligen Ministerpräsidenten der Westprovinz Manitoba, Edward Richard Schreyer, zum kanadischen Generalgouverneur, ihrem Repräsentanten in Kanada, auf Vorschlag von Premierminister Pierre Trudeau ernannt hat, ist das Staatsoberhaupt des Landes erstmals in der Geschichte Kanadas ein Angehöriger des sogenannten dritten Elements, also derjenigen Volksgruppen, die weder der französischen noch der englischen Gründernation zuzurechnen sind.

Erstmals auch stammt der Repräsentant der Krone aus dem kanadischen Westen. Hierher waren sei-

ne bäuerlichen Vorfahren im 19. Jahrhundert aus Europa ausgewandert. Zum Zeitpunkt seiner Ernennung zum Generalgouverneur war der Mann aus Manitoba 43 Jahre alt und damit der jüngste in der langen Reihe von 22 Generalgouverneuren – davon nur fünf in Kanada gebürtigen –, die seit Kanadas Zusammenschluß zur Konföderation im Jahre 1867 amtiert hatten.

Seine Herkunft macht Generalgouverneur Edward Schreyer in ganz besonderem Maße zum Symbol der Integration und der nationalen Einigkeit. Er erfüllt damit ein Anliegen, das im Aufgabenbereich des Stellvertreters der kanadischen Krone festgeschrieben ist: als überparteiliches Staatsober-

haupt und Repräsentant der Nation soll der Generalgouverneur seine Landsleute in allen, auch den entlegendsten Regionen des Landes zur nationalen Gemeinsamkeit verpflichten.

Von der einstmals auch politischen Macht des Amtes ist dem Generalgouverneur, der gleichzeitig auch Oberbefehlshaber der kanadischen Streitkräfte ist, lediglich die Pflicht geblieben, dafür zu sorgen, daß immer ein Premierminister im Amt ist.

Die übrigen Amtspflichten des kanadischen Staatsoberhauptes sind faktisch repräsentativer Natur: Ordensverleihungen, Akkreditierung von Diplomaten, Staatsbesuche. Edward Schreyer hat es verstanden, sich durch seine Besonnenheit und seine Verpflichtung der Sache Gesamtkanadas gegenüber den Respekt aller politischen Lager zu verschaffen.

Williamsburg und Belgrad — Zwei Seiten einer Medaille



„Die Zukunft“, schrieb Theo Sommer am Vorabend des Weltwirtschaftsgipfels in der Hamburger „Zeit“, „wirkt grau und verhangen.“

Der Ausblick sei nicht rosig, es herrsche Ratlosigkeit angesichts der wirtschaftlichen Lage. Auch hapere es bezüglich des Ost-West-Dialogs zwischen den Vereinigten Staaten und West-Europa.

Doch dann sah es plötzlich ganz anders aus. Kanadas Premierminister Pierre Trudeau sprach von „einem Erfolg wie nie zuvor“. Gastgeber Ronald Reagan habe in Williamsburg mit großem Risiko auf die Karte einer Gipfelbegegnung ohne vorherige Kommunikéabsprachen gesetzt. „Ich habe ihn beglückwünscht, daß er bei diesem Vabanquespiel gewonnen hat“, bemerkte Trudeau.

Atmosphärisch zumindest und auch vom Inhalt her hielt Williamsburg, was man sich von diesem Treffen im Vorfeld versprochen hatte. Die Begegnungen verliefen in einer aufgelockerten Form, so daß wirklich offene Gespräche möglich wurden.

Das Treffen war produktiv, so Ottawas Sicht, gerade weil Kontroversen nicht höflich ausgeklammert blieben, zumal die zwischen den USA und West-Europa bestehenden. Wobei trotzdem in der generellen Marschrichtung letztlich volles Einverständnis – nicht jedoch immer bis ins letzte Detail – erzielt wurde.

Fortschritte, nicht nur gegenüber der GATT-Ministerkonferenz vom November 1982, sondern auch hinsichtlich der diversen OECD-Ministerberatungen Anfang Mai, sind deutlich erkennbar.

Für die kanadische Regierungsdele-



Weltwirtschaftsgipfel im US-Städtchen Williamsburg

Foto: Bundesbildstelle

gation war der Gipfel von Williamsburg in mehrfacher Weise erfolgreich.

Die Teilnehmer haben die kanadische Forderung nach einem ernstgemeinten *Abbau protektionistischer Schranken* voll akzeptiert. Man wird sich, dies ein besonderer Wunsch Ottawas, über die Schaffung von Möglichkeiten einer vollen Erfassung aller protektionistischen Maßnahmen unterhalten.

Hatte Kanadas Außenminister Allan MacEachen noch unmittelbar vor Williamsburg die Tatsache beklagt, daß seit der GATT-Konferenz Ende 1982 schon wieder neue Verstöße gegen die Prinzipien des freien Welt Handels zu registrieren sind, so gibt es jetzt eine „verpflichtende“ Erklärung, den Protektionismus nicht nur aufzuhalten, sondern – mit einsetzender Wirtschaftserholung – auch wieder abzubauen.

Ähnlich positiv aus kanadischer Sicht die Erklärung zur *Energiepolitik*.

Schon im Vorfeld hatte Außenminister MacEachen vor der Gefahr ge-

warnt, daß die Preiseinbrüche auf dem Ölsektor zu Leichtfertigkeit führen und man keine ausreichenden Vorsichtsmaßnahmen für die mittel- und längerfristige preisstabile Energieversorgung ergreifen würde.

Kanada befürwortet einen aktiven Dialog zwischen Energieerzeugern und Energieverbrauchern, um unberechenbare Preispendelausschläge zu vermindern. „Die heutige Ölmarktsituation“, so der konkrete kanadische Vorschlag in Williamsburg, „bietet uns Möglichkeiten, ein größeres Maß an Zusammenarbeit zwischen Ölproduzenten und Verbrauchern zu fördern.“

Beide Punkte – Preisstabilität und Dialog – werden in der Abschlusserklärung ausdrücklich angesprochen. Weiter – und auch dies für Ottawa ein Miterfolg – das Bekenntnis der Williamsburger Runde, schon vorher eingegangene Verpflichtungen über die Mittelbereitstellung für die *Internationale Entwicklungs-Gesellschaft (IDA)* – eine Weltbank-Tochter – zu erfüllen. Hier geht es vor allem um die Leistungen der USA, die mit

ihren Zahlungen arg in Rückstand sind. Die Erklärung von Williamsburg spricht diese IDA-Problematik zwar nicht ausdrücklich an, jedoch nur deshalb – so Premierminister Trudeau – weil die Mehrheit der Teilnehmer Rücksicht auf die Schwierigkeiten Präsident Reagans gegenüber dem amerikanischen Kongreß nehmen wollte.

Sollte die Aufstockung der IDA-Mittel nicht, wie vereinbart, zustande kommen, dann, so Premierminister Trudeau, „sind wir in einer sehr ernstesten Situation“. Einzelne Entwicklungsländer könnten dann vielleicht ihren Zahlungsverpflichtungen nicht nachkommen. „Das wäre“, so Trudeau, „wirtschaftlich schlimm, das wäre sozialpolitisch sehr arg.“ Vorrangig sei jetzt die volle Erfüllung der Zahlungsverpflichtungen im Rahmen der VI. Aufstockung der IDA-Mittel. Das VII. IDA-Auffüllungsprogramm werde dann wohl, so Trudeau, auf dem X. Weltwirtschaftsgipfel in Großbritannien 1984 abschließend behandelt werden.

Damit waren für die sich fast unmittelbar anschließende UNCTAD-VI-Konferenz in Belgrad gewisse Voraussetzungen geschaffen. Die Aussichten sind heute günstiger als noch im vergangenen Dezember. Der spürbare, wenngleich verhaltene, Aufschwung bedarf – dies die Hoffnung sowohl in Westeuropa wie auch in Kanada – der Rückendeckung durch eine Senkung des Realzinsniveaus in den USA. Dem jedoch steht das hohe Haushaltsdefizit Washingtons noch immer im Wege.

Für Rüstungskontrolle

Letztlich lassen sich die Williamsburger wirtschaftspolitischen Diskussionen auf die jüngst von einem deutschen Banker benutzte Kurzformel reduzieren: „Wachstum ist nicht alles, aber ohne Wachstum ist alles nichts.“

Und dieses Wachstum – daran gibt es in Ottawa keine Zweifel – muß die Belange der Dritten und Vierten Welt ausreichend berücksichtigen.

Außenminister Allan MacEachen hat dies in Belgrad zu Beginn der UNCTAD-VI-Konferenz hervorgehoben.

Williamsburg hatte aber noch jene zweite wichtige Diskussionssäule: die Ost-West- und spezifisch die Abrüstungsproblematik. Hier müsse noch immer, wie Premierminister Trudeau abschließend unterstrich, „Schwerstarbeit geleistet werden“. Er empfahl der sowjetischen Führung, die Entschlossenheit der westlichen Industrieländer, ernsthaft auf Rüstungskontrollmaßnahmen hinzuwirken, ernst zu nehmen. Ähnlich hatte sich Trudeau unmittelbar vor Williamsburg gegenüber dem sowjetischen Politbüromitglied Michail Gorbatschow geäußert.

Die Aufforderung an die Adresse Moskaus koppelte Trudeau aber auch an die Forderung, die westlichen Regierungen – zumal die USA – müßten ihrerseits ihren jeweiligen Bevölkerungen nachdrücklich beweisen, daß in Genf ernsthaft verhandelt wird.

Kohl – Trudeau

Gespräche in Williamsburg



Am Rande des Weltwirtschaftsgipfels haben Bundeskanzler Helmut Kohl und Premierminister Pierre Trudeau im US-amerikanischen Williamsburg aktuelle, beide Seiten interessierende Fragen besprochen.

Besondere Aufmerksamkeit widmeten Trudeau und Kohl – wie zuvor schon EG-Kommissionspräsident Gaston Thorn im Gespräch mit dem kanadischen Premierminister – der Kontroverse um das langfristige Fischereiabkommen zwischen Kanada und der Europäischen Gemeinschaft. Kanada koppelt die Erteilung von Fischfanglizenzen für europäische Fischdampfer an eine für Ottawa befriedigende Lösung des Marktzugangs in der EG für Anlandungen vereinbarter kanadischer Kabeljaukontingente.

Bemerkenswerte Fortschritte gab es auch nicht – den Agenturmel-

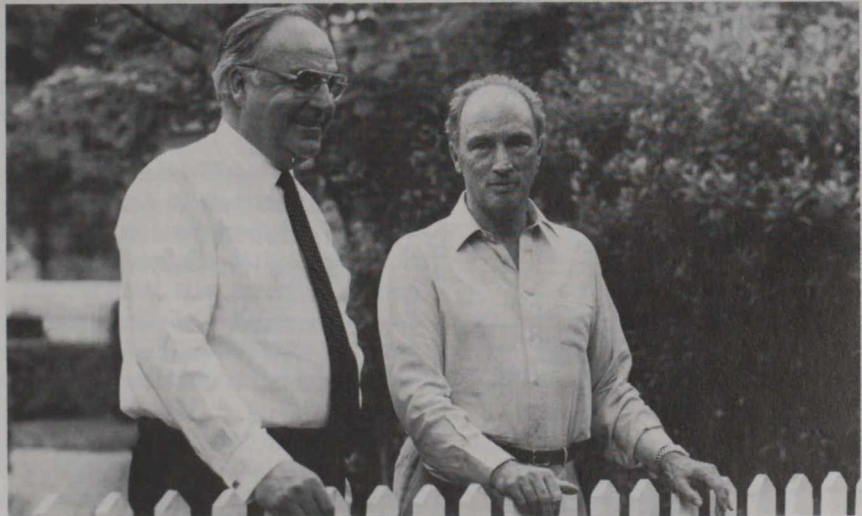


Foto: Bundesbildstelle

Gesprächspartner: Premierminister Trudeau und Bundeskanzler Kohl

dungen zufolge – bei der Erörterung des strittigen Themas der Robbenjagd. Premierminister Trudeau hatte betont, für die betroffenen Menschen an der kanadischen Ostküste gehe es bei der Robbenjagd nicht um ein emotionales Thema, sondern um eine handfeste Überlebensproblematik.

Premierminister Trudeau und Bundeskanzler Kohl diskutierten auch die für Anfang Juli vorgesehene Reise von Helmut Kohl zu

Gesprächen mit dem sowjetischen Parteichef Juri Andropow. Die beiden Regierungschefs vereinbarten, daß Helmut Kohl die Ergebnisse seiner Moskareise Trudeau übermitteln wird. Der Premierminister will seine eigene Entscheidung über einen UdSSR-Besuch, zu dem er in diesen Wochen in einem Schreiben des KPdSU-Chefs Andropow eingeladen worden war, nach der Rückkehr von Bundeskanzler Kohl aus Moskau treffen.

Der Austausch von wissenschaftlichen Forschungsergebnissen und technologischem Know-how bildet seit langem einen Schwerpunkt in der deutsch-kanadischen Kooperation. Der kanadische Staatsminister für wirtschaftliche Entwicklung, für Wissenschaft und Technologie, **Donald Johnston**, erläutert im Interview mit **focus canada** die Kooperationspläne der kanadischen Bundesregierung.



Staatsminister Donald Johnston

Kanadas Technologie für die Weltmärkte

focus canada: Sie haben kürzlich eine Technologiepolitik für Kanada skizziert und in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen, daß Kanada nicht mehr weit von dem Ziel entfernt ist, bis zum Jahre 1985 1,5 Prozent des Bruttosozialprodukts aufzubringen. Dabei soll, wie Sie sagten, das Ziel verfolgt werden, Kanadas wirtschaftliche und soziale Zukunft zu festigen. Wie kann nach Meinung Ihrer Bundesregierung dieses vergrößerte Potential zu dem wirtschaftlichen Nutzen führen, wie er für die 80er Jahre und darüber hinaus benötigt wird?

Johnston: Die Beziehung zwischen den Bereichen Forschung und Entwicklung einerseits und der wirtschaftlichen Entwicklung ist komplex. Auch die Wirtschaftswissenschaftler haben es bislang nicht vermocht, zwischen diesen beiden Sektoren eine unmittelbare oder quantitative Korrelation herzustellen. Die meisten Politiker erkennen allerdings an, daß Forschung und Entwicklung einen wesentlichen Beitrag zur Produktivität und Innovation des industriellen Systems eines Landes leisten. Die Technologiepolitik erkennt diese Beziehung und konzentriert sich auf die Aktivitäten und Mittel, die Forschung und Technologie mit den wichtigsten Strömungen der Wirtschaftsentwicklung in Verbindung bringen sollen.

Dies ist einer der Gründe, deretwegen die Technologiepolitik dafür gesorgt hat, daß ein spezieller Unterausschuß für technologische Entwicklung etabliert worden ist. Alle Minister, die diesem Ausschuß angehören, verfügen über das Mandat und die Autorität, etwas auf den Gebieten der Industrie-, Sozial- und Wirtschaftspolitik zu unternehmen, die die technologische Entwicklung beeinflussen oder die durch sie beeinflusst werden.

focus canada: Haben Sie – mit der Industrie – den Klärungsprozeß darüber abgeschlossen, von welchen Sektoren zu erwarten ist, daß die heutigen Ausgaben für Forschung und Entwicklung den größtmöglichen Gewinn in Form von Arbeitsplatzbeschaffung einbringen werden? Und können Sie tatsächlich mit einer gewissen Bestimmtheit voraussagen, in welchen Bereichen Ihrer Meinung nach Kanada hierbei recht bemerkenswerte Beiträge leisten könnte?

Johnston: Ich glaube, die meisten westlichen Länder sind überaus empfindlich, wenn es um die Beschäftigungsaspekte des technologischen Wandels geht. Wir können allerdings nicht ohne weiteres be-

stimmte Ausgaben für Forschung und Entwicklung mit einem Beschäftigungszuwachs gleichsetzen. Es ist nun einmal manchmal einfacher, bei einer neuen Technologie zu sehen, was nicht benötigt wird, oder was durch sie überflüssig wird, als zu erkennen, welche neuen Beschäftigungsmöglichkeiten durch sie geschaffen werden könnten. Deshalb neigen wir manchmal dazu, die negativen Aspekte der technologischen Entwicklung zu überschätzen. Ich bin fest davon überzeugt, daß das Geld, das wir für Forschung und Entwicklung ausgeben, sich in späteren Jahren um ein Vielfaches auszahlen wird. Forschung und Entwicklung werden ein effizientes und wettbewerbsfähiges Industriepotential schaffen und mehr neue Produkte für den internationalen Markt liefern. In international wettbewerbsfähigen Bereichen wird die Zahl der Arbeitsplätze zunehmen. Kanada hat in zahlreichen Schlüsselbereichen einzigartige wissenschaftliche und technologische Beiträge geleistet. Viele unserer Telekommunikationsgüter haben bereits einen bemerkenswerten internationalen Marktanteil erzielt, und auf diesem Gebiet werden weitere Fortschritte gemacht. Auch Schallanlagen für den See- und Lufttransport sind Gebiete, auf denen weiterhin Vorzügliches geleistet wird, wie auch bei unserer Technologie für Satelliten-Erdfunkstellen. Mit Beifall bedacht wurde Kanada auch auf einem neuen Gebiet der Roboter-Technologie, wie sie an dem Weltraumarm des Programms der Weltraumfähren angewandt wurde. Eine Weiterentwicklung auf diesem Gebiet führt zur Technologie der Fernerkundung, für die es in der Industrie vielfältige Anwendungsbereiche gibt. Andere wichtige Bereiche beziehen sich auf den automatisierten Frachtverkehr, auf die Ausbeutung von und das Bohren nach Erdöl in entlegenen Gegenden und auf die Entwicklung von Computer-Software, um nur einige zu nennen.

focus canada: Auf der Basis eines internationalen Vergleichs wird sich Kanada – mit seinem ziemlich begrenzten Binnenmarkt – für seine moderne Industrieproduktion nach Absatzmärkten im Ausland umsehen müssen. Halten Sie nun verstärkt nach Arrangements für Joint-Venture-Unternehmen Ausschau bzw. ermutigen Sie Unternehmen, Joint Ventures ins Leben zu rufen, und zwar sowohl auf dem Niveau der Innovation als dem der Endproduktion? Und wie können Sie Kanadas

außerordentliche Vorteile, wie etwa seinen Reichtum an Bodenschätzen, am profitabelsten nutzen?

Johnston: Wie Sie wissen, verfügt Kanada nur über einen bescheidenen Binnenmarkt. Und wie auch in der Bundesrepublik Deutschland war die Exportförderung der Eckstein unserer Wirtschafts- und regionalen Entwicklungspolitik. Doch obgleich wir beidenswert an Naturschätzen reich sind, wäre es doch zu einfach, einen Tauschhandel von Naturschätzen gegen Technologie vorzuschlagen. Wir wollen, daß Kanada wegen seiner technologischen Leistungen Anerkennung findet. Tatsächlich haben wir auch in zahlreichen technologischen Schlüsselbereichen international einen ausgezeichneten Ruf. So haben wir zum Beispiel die Weltklasse-Technologie des Videotext-Systems Telidon entwickelt. Zudem sind wir bekannt für unsere Möglichkeiten von Kommunikation über Satelliten, und wir haben auch Weltmärkte für unsere Transportanlagen erschlossen. Mit der Entwicklung des in Kanada konstruierten Fernmanipulatorensystems für die Weltraumfähre Columbia haben wir weltweit Schlagzeilen gemacht. Gleichzeitig haben wir aber erkannt, daß die Entwicklung der Zukunfts-Technologien immer mehr auch bedeutet, daß man Risiken, Kosten und sogar Märkte teilen muß. In Kanada war es immer ein Grundsatz unserer Politik, Joint-Venture-Unternehmen zu fördern. Wir haben in den letzten Jahren die offiziellen Verfahren abgeändert, um alles zu vermeiden, was solche Unternehmen verzögern könnte. Wir haben multinationale Unternehmen dazu ermutigt, auf der Grundlage eines Auftrags einzelne Produktgruppen für den Weltmarkt zu entwickeln. Und in dieser Richtung wollen wir weiterarbeiten.

Die Rolle der Regierung besteht in diesem Zusammenhang darin, ein günstiges Umfeld zu schaffen, um die industriellen Akteure beider Länder zusammenzubringen. Ein gutes Beispiel für eine solche Annäherung war die deutsche „Öl- und Gas“-Delegation, die Kanada im Oktober letzten Jahres besuchte. Sie traf mit Vertretern von 109 Unternehmen zusammen, um so direkte Kontakte zwischen den Vertretern beider Länder herzustellen und den Technologietransfer mit Hilfe solcher Mechanismen wie Joint Ventures und Lizenzarrangements zu fördern.

Wir planen zudem, demnächst eine wirtschaftstechnische Mission für Telekommunikation und Kabeltechno-

logie in ihr Land zu schicken. Ein weiteres Beispiel bietet die Frankfurter Industrie- und Handelskammer, die kanadische Firmen eingeladen hat, ihre Angebote wie ihre Fragen nach Neuerungen zu veröffentlichen. Ich nehme an, daß die Kanadier beabsichtigen, dasselbe für deutsche Firmen zu tun. Dies sind erste positive Schritte in die richtige Richtung.

focus canada: Die jüngsten deutsch-kanadischen Gespräche über Wissenschaft und Technologie waren mehr als bisher auf praktische Anwendungsmöglichkeiten gerichtet. Dies würde eine zunehmende Kooperation mit dem Privatsektor erforderlich machen. Wie wollen Ihr Ministerium und sein bundesdeutsches Pendant dies bewerkstelligen?

Johnston: Im Jahre 1971 haben unsere Länder ein gemeinsames deutsch-kanadisches Abkommen über eine wissenschaftlich-technologische Kooperation unterzeichnet. Der Nutzen dieser Kooperation, der sich aus diesem Abkommen herleitet, lag bei der angewandten Forschung, und zwar, was den Erfahrungsaustausch und die Kostenreduzierung angeht, die man durch das Vermeiden von doppelten Forschungsbemühungen erzielt hat.

Allerdings hat sich in den letzten Jahren eine Anzahl von Projektgebieten herausgebildet, deren Risiken wegen der hohen Kosten und der erforderlichen längerfristigen Forschung und Entwicklung höher waren als normalerweise, und bei denen die Kräfte des Marktes nicht geeignet waren, die Pionierarbeit wissenschaftlicher und technologischer Forschungsbemühungen anzuregen. Beispiele dafür sind etwa Projekte, die mit dem Weltraum zu tun haben, mit der Nutzbarmachung der arktischen Ressourcen und deren Transport, mit der Kohleveredelung, dem Kommunikationswesen etc.

Projekte dieser Art benötigen umfassende Investitionen und Märkte, die über die nationalen Grenzen hinausreichen. Bei Forschung und Entwicklung dieser Projekte ist das Engagement der Industrie erforderlich, und zwar bereits in einem Stadium, das vor der Produktion und vor dem Marketing liegt. Kanada hofft auf ein intensiveres Engagement der Industrie an diesen Vorhaben. Allerdings müssen wir erkennen, daß die Förderung von Wissenschaft und Technologie durch die Regierung ihre Grenzen hat, da sie von den beiden Hauptprinzipien des wechselseitigen Nutzens und des Schutzes der Eigentumsinformation getragen wird. Am

Ende muß der Privatsektor in unseren beiden Ländern vorangehen –, wenn wir unsere Ziele erreichen sollen.

focus canada: Meinungsumfragen in Deutschland haben ergeben, daß während noch 60 Prozent der Bevölkerung im Jahre 1972 den technologischen Fortschritt allgemein als positiv ansahen, dies im Jahre 1980 nur noch bei 31 Prozent der Fall war. Dies ist ein Anzeichen für eine zunehmende skeptische Haltung gegenüber den Auswirkungen des technologischen Wandels. Macht Ihnen ein solches Phänomen auch in Kanada Sorge? Und wie kommen Sie damit zurecht?

Johnston: Die technologische Entwicklung wirkt sich auf fast alle unsere Lebensbereiche aus. Und ich beobachte sehr aufmerksam, daß alle Kanadier sich sowohl der Chancen wie auch der Probleme, die daraus entstehen könnten, bewußt werden. Darin liegt in der Tat eines der Hauptziele der Technologiepolitik. Um es zu unterstützen, habe ich ein öffentliches Programm angeregt, das Vorschläge zur Verbesserung des öffentlichen Verständnisses für Naturwissenschaft und für den Einfluß des technologischen Wandels auf den Arbeitsplatz und die Gemeinschaft fördern soll.

„Risiken,
Kosten
und
Märkte
teilen!“

Seerechtskonvention:

Die neuen Meeresschätze

Moderne Schatzsucher:
Wissenschaftler untersuchen
Manganknollen

Foto: dpa



Das Jahr 1609 war für die Niederlande in dreifacher Weise bedeutsam. Es gab einen Friedensschluß mit Spanien. Die Bank von Amsterdam etablierte sich als erste mitteleuropäische Girozentrale und förderte damit den Freihandel. Und drittens veröffentlichte der 26jährige Völkerrechtler Hugo Grotius ein Werk mit dem Titel „Das freie Meer“. Er legte damit den Grundstein nicht nur zur Ausdehnung des merkantilen Wohlstands seines eigenen Landes, sondern schuf gleichzeitig die Voraussetzung für eine der wichtigsten nachmaligen Säulen des Völkerrechts.

273 Jahre später ist das große Werk von Grotius, eine weltweit anerkannte Regelung über das Seerecht, von einer neuen Konvention abgelöst worden. Nicht so sehr, weil die diesbezüglichen Prinzipien des 17. Jahrhunderts dem Test der Zeit nicht mehr standhielten, sondern allein weil der von Grotius vorgezeichnete Rahmen zu eng geworden war.

Rund 87 Prozent aller Meeres-Vorkommen an Kohlenwasserstoffen befinden sich innerhalb von 200 Seemeilen (sm) entlang der Küstenlinien aller Kontinente. Etwa zehn Prozent aller bekannten Manganknollenfelder und anderer Mineralien lagern innerhalb dieser 200-sm-Zone. Auch die Weltfischvorkommen konzentrieren sich zu über 80 Prozent in vergleichbarer Küstennähe.

Die Nutzung dieser Meeres- und

unterseeischen Bodenschätze bedurfte einer dringenden Neuregelung. Zwischen 1968 und 1982 kam es zu einer erschöpfenden Verhandlungsserie. Anfang Dezember 1982 fand sie mit der Unterzeichnung eines neuen weltweiten Seerechtsabkommens ihren Abschluß.

Seit Auslegung des Vertragswerkes haben rund 125 Staaten ihre Unterschrift geleistet.

Der kanadische Chefunterhändler bei den jahrelangen Diskussionen über das neue Seerecht, **Alan Beesley**, rechnet innerhalb von zwei bis drei Jahren mit einem Inkrafttreten dieser monumentalen Konvention.

Zu den wichtigsten Unterzeichnerstaaten gehören Kanada, die UdSSR und China, Japan und Frankreich, Australien, alle skandinavischen Länder und nahezu alle Entwicklungsländer.

Noch nicht beigetreten sind allerdings neben der Bundesrepublik Deutschland auch die USA.

Kanada, das von Anfang an zu den Befürwortern einer umfassenden Seerechtsreform gehörte, war unter den ersten Unterzeichnerstaaten, die in der Hauptstadt Jamaikas, Kingston, im Dezember vergangenen Jahres die Unterschrift leisteten.

Das neue Seerecht modifiziert die bisherigen Prinzipien *staatlicher Souveränität* und jener der *Hohen See* oder des *Freien Meeres* in einschneidender Weise.

Neben dem schon früher verankerten Hoheitsrecht von jeweils drei

Seemeilen ab Küstenlinie gibt es jetzt eine sogenannte Anschließzone von neun Seemeilen, so daß die Staaten nunmehr **Hoheitsgewässer** von insgesamt zwölf sm für sich beanspruchen können.

Jenseits dieser Grenze erstreckt sich die sogenannte **Aufsichts- oder exklusive Wirtschaftszone**, die, einschließlich der künstennahen Hoheitsgewässer von jetzt zwölf Seemeilen, insgesamt 200 sm umfaßt.

Neue Grenzen

Innerhalb dieser 200 sm exklusiven Wirtschaftszone (EEZ – Exclusive Economic Zone) übt der Staat umfangreiche Rechte aus. Er kontrolliert die Fischerei, und er kann bestimmen, wer dort fischt. Er hat ausschließliche Eigentumsrechte an den Ressourcen des Meeres. Er bestimmt, in welcher Weise die Meeresumwelt geschützt wird und wer dort wie welche Forschungsarbeiten durchführen darf. Diese Neuordnung allein bedurfte jahrelanger Verhandlungen.

Jenseits der 200-Seemeilen-Grenze kann ein Land aber bis zu einer Entfernung von 350 sm oder einer Wassertiefe von 2500 m Wirtschaftszone-rechte dort ausüben, wo sich der Kontinentalschelf-Rand über die 200 sm hinauschiebt. Im Falle Kanadas heißt dies beispielsweise, daß sich die Wirtschaftszone an der Atlantikküste erheblich über die 200-sm-Grenze erstreckt.

Mit seinen extrem langen Küstenlinien an drei Weltmeeren (Atlantik, Pazifik und dem Arktischen Ozean) verbucht Kanada als Ergebnis der neuen Seerechtskonvention einen Flächenzugewinn durch die Wirtschaftszone von rund 4,7 Mio. Quadratkilometern.

Größter Nutznießer jedoch sind die USA mit einem Zugewinn von nicht weniger als 15 Mio. Quadratkilometern. Nur – und dies der bisher schwerwiegendste Schönheitsfehler der neuen Seerechtsabsprache – die Vereinigten Staaten treten dem Vertragswerk bislang nicht bei.

Der Haupteinwand Washingtons betrifft weniger die Neuregelung der Wirtschaftszone als vielmehr jene Vorkehrungen, die in den Artikeln 86 bis 115 bezüglich der „Hohen See“ enthalten sind.

Gemeinsames Erbe

Galt bislang der Grundsatz der absoluten „Freiheit der Meere“, so gibt es jetzt den Rechtsgrundsatz des „gemeinsamen Erbes der Menschheit“. Hier geht es vor allem um die Kontrolle über die Meeresbodenressourcen. Zwar wird dieses Konzept im Prinzip auch von den USA akzeptiert, wohl aber gibt es starke Einwände zumal der Reagan-Administration über die Schaffung einer nach UNO-Schema organisierten internationalen Zulassungsbehörde für jegliche Betätigung von Privatunternehmen bei der Ausbeutung großer Mineralvorkommen auf und unter dem Meeresboden.

Vereinfacht dargestellt, fürchten die USA, daß derartige Regelungen die Entfaltung der freien unternehmerischen Tätigkeit vor allem ihrer Industrie behindern könnten.

Im wesentlichen stehen sich hier die Auffassungen der Entwicklungsländer und einiger wichtiger Industrieländer gegenüber. Während etwa die Industriestaaten ein System anstreben, das ihren Unternehmen bei der Erschließung der Meeresbodenschätze ausschließliche Eigentumsrechte gegeben hätte, forderten die Länder der Dritten Welt ein wirkliches Managementsystem, das ihnen ein volles Mitspracherecht bei der Vergabe von Förderlizenzen und eine gerechte Verteilung der erzielten Erlöse garantieren würde.

Als Kompromißlösung bot sich hier der Vorschlag des früheren US-Außenministers Henry Kissinger an, der die Schaffung eines Parallelverfahrens anregte. Entsprechend dieser Vorstellungen würde für jedes dem

Privatsektor vorbehaltene Schürfareal ein gleichwertiges für die exklusive Nutzung durch die internationale Gemeinschaft bereitgestellt werden.

Die Folgen eines Nichtbeitritts zur neuen Seerechtskonvention von Ländern wie den USA oder der Bundesrepublik Deutschland sind nicht absehbar. Konkrete Konfliktfälle ergeben sich erst, wenn amerikanische Gesellschaften – unter Mißachtung des neuen Seerechts – an die tatsächliche Verwirklichung von Erschließungs- und Ausbeutungsvorhaben gehen. Dann, so der kanadische Chefunterhändler Alan Beesley, „könnten sich rechtliche Probleme ergeben. Und ich hoffe, sie lassen sich dann auch auf rechtlichem Wege lösen“.

Obwohl die Bundesrepublik Deutschland einen Beitritt zur Seerechtskonvention weiter überdenkt, ist dennoch schon jetzt vorgesehen, den Internationalen Seegerichtshof in Hamburg einzurichten.

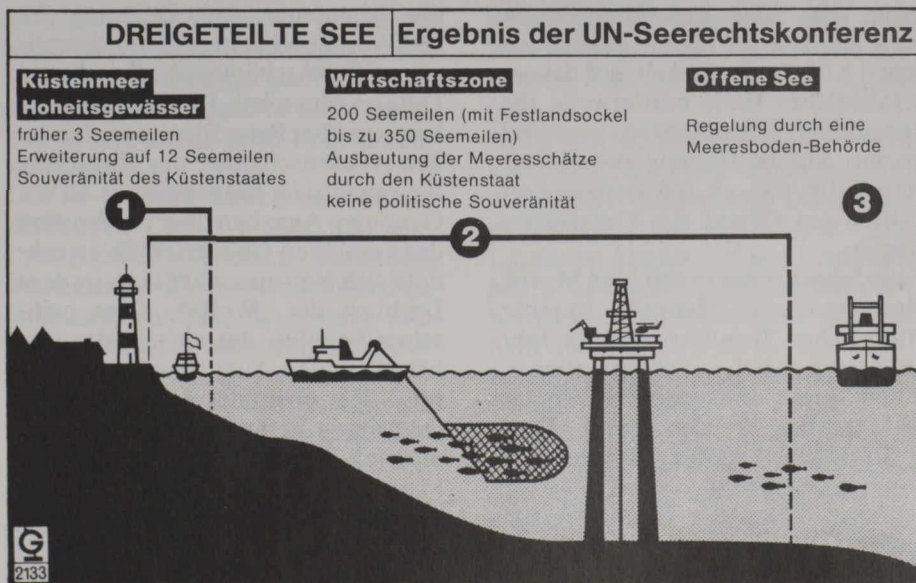
Zwischenzeitlich wurden die ersten

aktiv mit Plänen zur Hebung unterseeischer Schätze arbeiten. Zwei kanadische multinationale Gesellschaften, INCO und Noranda Mines, sind bereits an derartigen Konsortien beteiligt. Es wird jedoch nicht damit gerechnet, daß diese Firmenverbände vor Ablauf von mindestens fünfzehn Jahren mit der eigentlichen Arbeit beginnen.

Aufgrund der geographisch wie historisch gegebenen Sonderinteressen Kanadas wurden mehrere spezifische Anliegen Ottawas in das Vertragswerk aufgenommen. So z. B. ein Artikel, der die Rechte von Küstenstaaten bezüglich der Lachse, die in seinen Flüssen laichen, umreißt.

Ähnliches gilt für genaue Bestimmungen für den Umweltschutz in bestimmten gefährdeten Gebieten wie etwa den arktischen Gewässern mit ihrem fragilen Ökosystem.

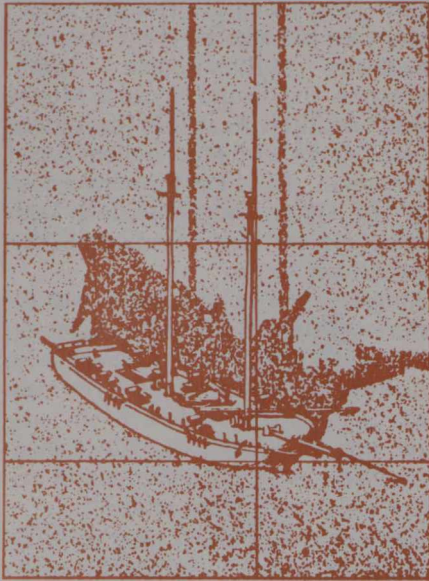
VN-Generalsekretär Javier Pérez de Cuéllar hat die Konvention als die „vielleicht bedeutendste Rechtsschöpfung des Jahrhunderts“ bezeichnet. Die kanadische Bundesre-



organisatorischen Schritte zur Schaffung einer internationalen Behörde mit Sitz in Kingston, Jamaika, zur Verwaltung des „gemeinsamen Erbes der Menschheit“ eingeleitet. Entsprechend der Konvention hat diese „International Seabed Authority“ die Aufgabe – entsprechend des Kissinger-Vorschlags –, für die Aufrechterhaltung des sogenannten „Parallel-Systems“ der Nutzungsrechtsvergabe zu sorgen. Bewerber um Nutzungsrechte müssen jeweils zwei ausbeutbare Gebiete anbieten, bevor ihnen die Genehmigung zur Arbeitsaufnahme erteilt wird.

Dies gilt zum Beispiel für internationale Konsortien, die schon heute

gierung sieht in ihr einen „wichtigen potentiellen Beitrag zum Weltfrieden und zur weltweiten Sicherheit“. Kanadas Außenminister **Allan MacEachen** ging anlässlich der Unterzeichnung im vergangenen Dezember noch einen Schritt weiter: „Sollten einzelne Staaten willkürlich dieses oder jenes Teilstück der Konvention anerkennen oder verwerfen, dann ist dies das Ende nicht nur unseres Traumes von einer universellen und umfassenden Regelung des Seerechts, sondern möglicherweise das Ende der Aussichten auf globale Zusammenarbeit in Fragen, die das Leben der ganzen Menschheit berühren.“



Eine alte, 180 Jahre zurückliegende Geschichte, ein Seefahrerbuch, auch schon vor 150 Jahren geschrieben, eine zwölf Jahre dauernde Forschungsarbeit und der Einsatz modernster Ortungs- und ferngesteuerter Video-Technologie, dies alles zusammengenommen hat sich zu einem archäologischen Knüller entwickelt, auf dessen erfolgreiches Ende mittlerweile die kanadische Öffentlichkeit gespannt wartet: Auf die Hebung zweier Geisterschiffe, die seit fast zweihundert Jahren am Grund des Ontariosees liegen.

Angefangen hatte es mit Ned Myers, einem einfachen Matrosen. In einer stürmischen Gewitternacht im Jahr 1813 hatte er sich mit einem verzweifelten Sprung von seinem Schiff, der 18 Meter langen „Scourge“ abgesetzt – Sekunden, bevor der Schoner im Ontariosee versank.

Nicht weit von der Unglücksstelle entfernt kenterte in der gleichen Nacht noch ein zweites Schiff, die „Hamilton“, auch sie, wie die „Scourge“, ein zum Kriegsschiff umgebautes Handelsschoner.

Ned Myers, der Matrose, hat diese verhängnisvolle Sturmnacht nie vergessen können. Noch dreißig Jahre später war er in der Lage, einem alten Freund und früheren Reisegefährten, nämlich **James F. Cooper**, minutiös den Ablauf der Katastrophe zu schildern. In seinem Buch „Ned Myers – oder Ein Matrosenleben“ hat Cooper diesen Bericht ausführlich protokolliert.

Es vergingen 158 Jahre, bis sich ein erstes Interesse an den amerikanischen Schonern „Scourge“ und „Hamilton“ zeigte. Im Jahre 1971 vergab das Royal Ontario Museum in Toron-

Von modernster Technologie aufgespürt

Geisterschiffe im Ontariosee

to ein Forschungsprojekt, das nach den beiden Geisterschiffen im westlichen Ontariosee recherchieren sollte.

Daniel A. Nelson wurde mit der Leitung dieses Projektes beauftragt, ein Zahnarzt aus St. Catherines, Ontario, der über jahrelange Erfahrungen in Unterwasser-Archäologie verfügte, weil er sich an zahlreichen einschlägigen Expeditionen in der Karibik beteiligt hatte.

Während er zahllose Dokumente durchforstete, wurde aus dem wissenschaftlichen Projekt allmählich ein Abenteuer. Unterstützung für sein Vorhaben fand er beim damaligen Chef-Archäologen des Royal Ontario Museums, **Douglas Tushingham**, und bei **Peter Sly**, einem leitenden Wissenschaftler des Zentrums für kanadische Binnenseen (CCIW). Genauere Angaben über die Position der gesuchten Geisterschiffe errechnete sich Nelson schließlich aus dem Logbuch der „Wolfe“, eines britischen Schiffes, das sich in der verhängnisvollen Augunacht des Jahres 1813 ebenfalls im westlichen Ontariosee befunden hatte. Zusammen mit den Informationen, die Ned Myers Erinnerungen zu entnehmen waren, war, so vermutete Nelson, der Schluß erlaubt, in einem ganz bestimmten, rund 32 Quadratkilometer großen Areal des westlichen Ontariosees nach der „Scourge“ und der „Hamilton“ zu suchen.

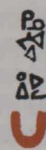
Gut erhalten

Tatsächlich fand sich auch mit Hilfe von Sonargeräten des CCIW eine erste Spur: In einer Tiefe von 100 Metern wurde zwölf Meilen vor dem Ufer des Sees ein zusammenhängendes, großes Objekt geortet. Doch erst 1975, zwei Jahre später, konnte die Besatzung eines anderen Forschungsschiffs des Binnensee-Zentrums die Aufzeichnung dieses unbekanntes Objekts durch ein Sonar-Ortungsgeschäft vorlegen.

Es handelte sich, soviel ließ sich jetzt

sagen, um einen Schoner aus dem 18. Jahrhundert. Im darauffolgenden Jahr gelang es, mit einem in Britisch-Kolumbien neu entwickelten, ferngesteuerten Tauchgerät, das mit einer Fernsehkamera gekoppelt war, Einzelheiten des Geisterschiffes auszumachen, u. a. Kanonenkugeln. Die beiden Schoner – inzwischen war auch das zweite Schiff geortet worden – waren aber vorläufig noch Eigentum der US-Marine. Sie wurden 1979 an die kanadische Stadt Hamilton am Ontariosee übereignet.

Mit finanzieller Unterstützung der Bundesregierung, der Nationalen Gesellschaft für Geographie und des Royal Ontario Museums wurde eine spezielle Video-Kamera entwickelt, die sich zusammen mit Filmlampen auf ein ferngesteuertes Tauchgerät montieren ließ. Deren scharfe Bilder bekunden auch den guten Zustand der Geisterschiffe: „Gründlich überholt, könnten sie vielleicht wieder segeln“, überlegt Nelson. Bis es allerdings soweit sein wird, müssen erst einmal rund 10 Millionen Dollar für die Bergungskosten aufgebracht werden.



Vorsicht, Fälscher!

„Vermutlich steht bei vielen Kanadiern, die sich glücklich schätzen, eine echte Inuit-Skulptur zu besitzen, lediglich eine Imitation oder sogar eine Fälschung im Wohnzimmer.“ Dieses Fazit zieht der jetzt veröffentlichte Schlußbericht einer Untersuchung, die das sich ständig ausweitende Angebot an minderwertigen, den Kunstwerken der Inuit nachempfundenen Produkten unter die Lupe genommen hatte.

Diese Untersuchung hatte der kanadische Inuit-Rat, der die rund 25 000 Ureinwohner im Norden Kanadas vertritt, in Auftrag gege-

Joseph Jacobs,
Steinschnitzer

Spuren sichern



„Ihre Erinnerungen“, so hat es J. Long in seinen „Land- und See-Reisen“ im Jahre 1791 notiert, „vermachen die Irokesen dem kommenden Geschlecht“. Festgehalten in bildlichen Darstellungsformen haben sie ihre Geschichte, ihre Mythen nur selten, möchte man heute, fast 200 Jahre später, bedauernd hinzufügen.

Einer allerdings, der Irokese **Joseph Jacobs** vom Stamme der Cayuga, ist seit nunmehr fast zehn Jahren dabei, auf dem Umweg über die Steinschnitzerei wesentliche Bereiche der religiösen und sozialen Substanz seines Volkes bildhaft darzustellen und sie dabei gleichzeitig zu ergründen, zu rekonstruieren, festzuhalten für eine Zeit, in der niemand mehr davon erzählen können.

Das Kölner Rautenstrauch-Joest-Museum für Völkerkunde bot von März bis Ende Mai dieses Jahres mit einer Ausstellung Gelegenheit, sich mit den Werken dieses kanadischen Bildhauers und Steinschnitzers vertraut zu machen.

Der weiche Speckstein Steatit sowie roter Ton, Marmor und Kalkstein

ben. Die Unterwanderung des einschlägigen Kunstmarktes durch Plagiate und Imitate – sie reichen vom Plastikseehund bis zur von einem Nicht-Inuit zumeist mit maschinellem Werkzeug gefertigten Speckstein-Skulptur und werden in der Preisklasse zwischen 80 bis 300 Mark gehandelt – bedroht nämlich seit einiger Zeit nicht nur das Renommee der Künstler und Kunsthandwerker in den Inuit-Kooperativen, sondern zunehmend auch die wirtschaftliche Existenz dieser Siedlungen. Der Bericht empfiehlt deshalb, die unliebsame Konkurrenz der Inuit zu einer Kennzeichnungspflicht für ihre dubiosen Produkte zu zwingen.

Foto: McMichael Canadian Collection



Joseph Jacobs: Die Legende vom Kristallbären

sind die Materialien, aus denen Joseph Jacobs seine Darstellungen irokesischer Mythologie gearbeitet hat, asymmetrisch konzipierte Skulpturen, die weder Anfang noch Ende erkennen lassen.)

Die in weichen Linien ineinanderfließenden Clan-Symbole und mythologischen Gestalten besonders bedeutsamer Tiere wie Schildkröte, Schlange, Panther, Bär, Adler und Biber entstehen ohne vorgezeichnete Entwürfe.

Das mythologische Universum des Irokesenbundes, einer Stammesvereinigung der im nordamerikanischen Osten lebenden Cayuga-, Mohawk-, Oneida-, Seneca-, Onandaga- und Tuscarora-Indianer, wird von einer Geisterwelt beseelt, die sich – wie etwa die Himmels- und die Wassergeister – antagonistisch zueinander verhalten, ohne daß sie deshalb den moralischen Ebenen von „Gut und Böse“ zuzuordnen wären.

Joseph Jacobs ist bis heute von der Vielgestaltigkeit der Legenden seiner Vorfahren fasziniert. Dabei hatten ihn, der im „Sechs-Nationen-Reservat“ in Ontario in einer großen Familie aufgewachsen war, früher weder die Mythen noch indianische Geschichte überhaupt interessiert. Er war, wie sein Vater, Industriearbeiter.

Erst als er nach einem schweren Arbeitsunfall eine langwierige Rückgratverletzung ausheilen mußte, machte Joseph Jacobs erste Bekannt-

schaft mit der Literatur über sein Volk. 1974 begann er dann mit ersten künstlerisch ambitionierten Arbeiten.

Nach ersten, kleinen Holzarbeiten konzentrierte er sich schon bald auf die in Stein geschnitzten Darstellungen irokesischer Mythologie. „Die Legenden kannte ich aus Erzählungen, aber es gab davon keine Bilder“, berichtet er. Jacobs vertiefte sich deshalb in die Geschichte der nordamerikanischen Indianer und in das strukturelle Gefüge der Clans.

In langen Unterhaltungen mit Stammesältesten erweiterte er diese Kenntnisse, die er dann in seine Skulpturen umsetzte. Während Jacobs in seinen frühen, recht kleinen Skulpturen der Gesamtform des Steins eine wesentliche Bedeutung einräumte, wachsen in seinen späteren Werken Gestalten und Symbole in einer verschwenderischen Fülle von Formen mit unterschiedlicher Relieftiefe aus dem Stein.

Mit dem ihm im letzten Jahr erteilten Auftrag, ein 4,50 x 1,50 Meter großes Kalksteinrelief für das Parlamentsgebäude in Ottawa zu gestalten, hat Joseph Jacobs sich einen neuen Arbeitsbereich erschlossen. Erstmals hat er auch davon abgesehen, bei seinen künstlerischen Arbeiten nur selbstgefertigtes Werkzeug zu verwenden. Bei der Ausgestaltung des Reliefs wird er auch mit elektrisch betriebenen Werkzeugen arbeiten.

Applebaum/Hébert's Bestandsaufnahme

Kulturpolitik auf dem Prüfstand

„Wir haben in Kanada viele teure Konzerthallen, doch Künstler verdienen häufig nur knapp ihren Lebensunterhalt.“ Jacques Hébert



Kanadas jüngste Bilanz seiner öffentlichen Kulturförderung, von einem 18köpfigen Komitee aus Kunstschaffenden und Experten der Kulturadministration in den beiden letzten Jahren landesweit recherchiert und aufgelistet, läßt keinen Zweifel daran, auf welche Weise der Kulturpolitik der kanadischen öffentlichen Hand – heute ein jährlicher Etatposten von immerhin 1,2 Milliarden Dollar – zu einer noch größeren Effektivität zu verhelfen wäre: mit mehr Geld, neuen Schwerpunkten und auch dadurch, daß sich die die Fördermittel verteilende Administration etwas weniger direkt in die Kultur einmisch.

„Kanadas Kulturleben braucht jetzt einen neuen Anstoß“, meinte der Komponist und Kommissionsvorsitzende **Louis Applebaum** in einem Interview, darauf verweisend, daß nach den Erkenntnissen der Kommission – in Kanada nach ihren beiden federführenden Männern, Louis Applebaum und **Jacques Hébert** als „Applebert-Kommission“ bekanntgeworden – die öffentlichen Förder-

mittel bislang zu wenig der künstlerischen Kreativität direkt zugute gekommen sind.

„Wir sind beeindruckt von der Qualität, der Vielfalt und der Energie des kanadischen Kulturlebens“, heißt es einleitend in dem fast 400 Seiten umfassenden Kommissionsbericht. Doch, so ist wenig später zu lesen, „wenn in Kanada von Kultur die Rede ist, dann spricht man gleich von den neuen Theatern und Verlagen... Doch jetzt sollte es darum gehen, die hervorragenden Arbeiten der besten Künstler Kanadas in diesen vielen Konzerthäusern und Kinos, Theatern, Galerien und Fernsehprogrammen auch vorzustellen.“

Kanadas Kulturszene hat sich tatsächlich eindrucksvoll entwickelt, seit Vincent Massey in den 50er Jahren mit einer ähnlichen Untersuchungskommission erstmals eine landesweite Bestandsaufnahme des kanadischen Kulturlebens erarbeitet hatte. Damals, vor 30 Jahren, war diese Bilanz, der „Massey-Report“, geradezu niederschmetternd ausgefallen: in sämtlichen Kulturbereichen fehlte es gleichermaßen an Initiative, an Organisation und an Geld.

Seitdem ist es – vor allem dank der öffentlichen Kulturförderung – mit Kanadas Kulturbetrieb kontinuierlich aufwärts gegangen. Der Kunstbereich insgesamt hat sich zu einem

7-Milliarden-Dollar-Unternehmen entwickelt.

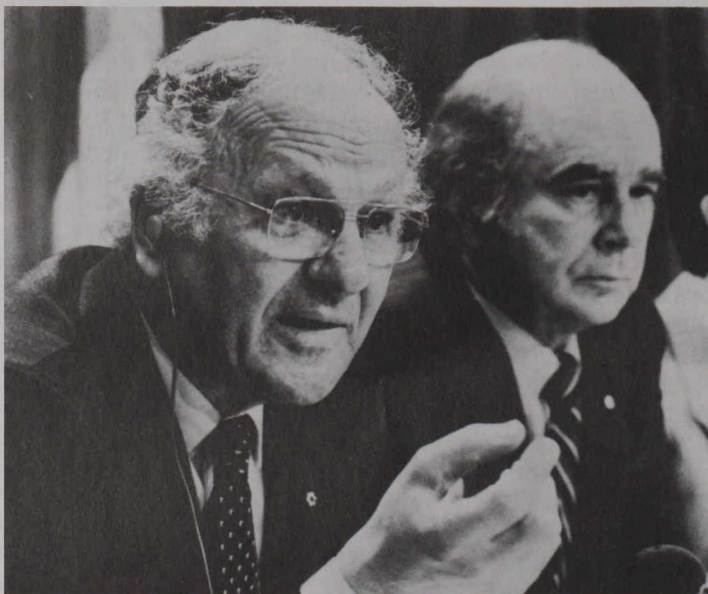
Doch die künstlerische Kreativität eines Landes läßt sich nicht allein an solchen eindrucksvollen Zahlen ablesen. Deshalb befragte man die Betroffenen, die Künstler selbst, ob ihrer Meinung nach die Steuergelder, die in Zeiten knappen Geldes besonders sorgfältig zu investieren sind, so gezielt vergeben werden, daß sie ein Höchstmaß an künstlerischem output gewährleisten.

Der umfassende Katalog von Empfehlungen, den die Applebaum-Kommission erarbeitet hat, enthält etliche brisante Vorschläge:

Da ist einmal die Empfehlung, die staatlich subventionierte Filmproduktion des weltweit renommierten National Film Board einzustellen und diese Institution selbst in eine Art nationale Filmhochschule umzuwandeln, die besonders auch den Filmschaffenden aus der Dritten Welt als Ausbildungsstätte dienen sollte.

Zweiter Vorschlag: Das hauseigene Produktionsprogramm des kanadischen Fernsehens, des CBC, sollte ebenfalls drastisch gekürzt werden. Das Fernsehen selbst sollte sich auf die Produktion von Nachrichten und anderen aktuellen Beiträgen beschränken. Die übrigen Programmbeiträge könnten von unabhängigen privaten Medienunternehmen produziert und dann von ihnen angekauft werden.

Denn, so beschreibt der Bericht das Dilemma der kanadischen Medien: „Wir versorgen unsere Landsleute mit den modernsten elektronischen Empfangskapazitäten fürs Fernsehen, und dann sitzen 80 Prozent der Kanadier vor ihrem Bildschirm und sehen sich ein ausländisches (US-amerikanisches) Programm an.“ Der landeseigene Hörfunk dagegen erfreut sich bei den Kanadiern einer ständig steigenden Beliebtheit. Die Kommission empfiehlt deshalb, sie noch umfassender zu fördern. Vor allem sollte die internationale Abteilung, Radio Canada International (RCI), technisch und finanziell in die Lage versetzt werden, ihre Programme auf Asien und den Pazifikraum



Von der Presse befragt: Louis Applebaum (links) und Jacques Hébert.

Foto: Canapress



„Die globalen Probleme können wir nur bewältigen, wenn wir uns mit unseren geistigen Kapazitäten und unseren Ressourcen zusammentun.“ – Diesem Trudeau-schen Leitgedanken der kanadisch-deutschen Beziehungen ist man wieder ein Stück nähergekommen. Seit den letzten wissenschaftlich-technologischen Konsultationen beider Länder im Frühsommer in Ottawa hat sich der Eindruck verstärkt, daß diese seit nunmehr zwölf Jahren bestehende, vertraglich besiegelte deutsch-kanadische Kooperation einen deutlichen Schritt in Richtung auf die praktische, wirtschaftlich nutzbare Anwendbarkeit der bisher geleisteten Forschungsarbeit getan hat.

Als Kanada und die Bundesrepublik Deutschland 1971 ein bilaterales Abkommen über eine Kooperation in Wissenschaft und Technologie abschlossen, geschah dies in der erklärten Absicht, angesichts der komplementären Struktur der wirtschaftlichen Erfordernisse beider Länder vom Know-how und den Erfahrungen des Partners zu lernen.

Daß sich jetzt diese eher akademische Kooperation deutlich in Richtung auf eine praktische Nutzung hin entwickelt hat, unterstrich auch der deutsche Delegationsleiter der gemeinsamen Kommission für wissenschaftlich-technologische Zusammenarbeit, Ministerialdirigent **Reinhard Loosch**: „Wir kommen jetzt heraus aus der reinen Wissenschaft, hinein in das Gebiet der industriellen Nutzung“, meinte er nach Abschluß der diesjährigen Gespräche in Ottawa.

Die sich anbahnende industrielle Kooperation sollte in Wirtschaftsprojekte einmünden, die dann wieder von den Regierungen beider Länder unterstützt werden könnten. So vor

Foto: R. Vroom



Vertragsunterzeichnung über deutsch-kanadische Fernbeobachtung

Nach bilateraler Forschungsarbeit

Der Schritt zur Praxis

allem die derzeit im Mittelpunkt stehenden Konzepte der Kohleveredlung, besonders der Kohleverflüssigung.

Einen zweiten Schwerpunkt der deutsch-kanadischen Zusammenarbeit bildet eine großangelegte Studie des kanadischen Transportministeriums über das Projekt einer Magnetbahn, die als schneller, umweltfreundlicher Zubringer zwischen dem internationalen Montréaler Flughafen Mirabel und Kanadas Hauptstadt Ottawa dienen könnte. Die bundesdeutsche Magnetbahntechnologie liegt dieser Untersuchung, mit deren Abschluß noch in diesem Jahr gerechnet wird, zugrunde.

Hébert-Reports aber ist es, „unsere eigene kreative Imagination in den Mittelpunkt unserer gesamten Kulturpolitik zu stellen. Andernfalls werden wir ein Land bleiben, das von der künstlerischen Produktion anderer Länder abhängig ist.“

Telekommunikationsminister **Francis Fox**, an dessen Haus sich die Vorschläge der Kommission in erster Linie richten, hat bereits einen ersten Schritt in die gewünschte Richtung getan. Er kündigte die Einrichtung eines mit 35 Millionen Dollar ausgestatteten Fonds für kanadische Film- und Fernsehproduktionen an.

Fragen der Erderkundung durch Fernbeobachtung („remote sensing“) bilden einen dritten Schwerpunkt der deutsch-kanadischen Kooperation. Vertreter der in Oberpfaffenhofen bei Stuttgart beheimateten Deutschen Forschungs- und Ver-

Kooperation auch mit der DFG



Mitte Juni hat die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) mit ihrem kanadischen Pendant, dem Natural Sciences and Engineering Research Council of Canada (kanadischer Wissenschaftsrat) eine Vereinbarung getroffen, derzufolge die beiden Institutionen ihren Austausch an Wissenschaftlern und Informationen intensivieren wollen. Gemeinsame Forschungsprojekte sind ebenso geplant wie bilaterale Symposien, an denen sich Wissenschaftler beider Länder beteiligen.

suchsanstalt für Luft- und Raumfahrt und des kanadischen Zentrums für Fernbeobachtung (Center für Remote Sensing) haben in einem jetzt in Ottawa unterzeichneten Abkommen ihre Absicht zur langfristigen Zusammenarbeit auf diesem Gebiet bekundet.

Fortsetzung von Seite 14

auszudehnen. Bislang reicht ihre technische Kapazität bis nach Europa, Afrika und Lateinamerika (deutsches Programm s.S. 16).

Diese Empfehlung, RCI, Kanadas wichtiges Medienfenster zur Welt, zu erweitern, steht auch in einem engen Zusammenhang mit dem Vorschlag der Applebaum-Kommission, die kanadische Regierung solle ihre kulturellen Auslandsbeziehungen und ihre künstlerische Selbstdarstellung jenseits der Landesgrenzen intensivieren.

Hauptanliegen des Applebaum-



John Weinzwieg: 70 Jahre

Kein Musikschaffender Kanadas hat sich jahrzehntelang so entschlossen und erfolgreich für eine eigenständige kanadische Musikszene eingesetzt wie **John Weinzwieg**, der kürzlich seinen 70. Geburtstag feierte.

Als Dirigent und Komponist engagierte er sich – bis heute – für die musikalischen Talente seines Landes, und das schon in einer Zeit, als es in Kanada selbst kaum ein Orchester gab, das zeitgenössische Werke eines kanadischen Komponisten aufführen mochte. Weinzwieg gründete die Vereinigung der kanadischen Komponisten (1951) und das kanadische Musikzentrum, und war langjähriger Gründungsdirigent des Sinfonieorchesters der Torontoer Universität. „John Weinzwieg“, so beschreibt eine Laudatio die vielschichtigen Akti-

vitäten des Nestors der kanadischen Musik, „hat Leistungen für die kanadische Musik erbracht, die zweifellos ebenso bedeutend sind wie sein eigenes musikalisches Schaffen.“

Preiswert

Ganze acht Dollar investierte **Steven Prouse** unlängst, um auf einer bescheidenen ländlichen Auktion in Ontario ein kleines, schmutzverkrustetes, stark lädiertes altes Bild mit einem Pferdeschlitten zu erstehen. Dann allerdings legte der kunstsinig Geschäftsmann seinen vergammelten Neuerwerb einem Kunstsachverständigen vor. Und der identifizierte den zwischen allerlei Trödel entdeckten Fund als Werk des berühmten niederländisch-kanadischen Altmeisters **Cornelius Krieghoff**. Steven Prouse hofft nun, bei der Verfolgung der Spuren seines alten Meisters möglicherweise noch einmal fündig zu werden.

3 Oscars für Kanada

Kanadische Filmproduktionen waren bei der diesjährigen Oscar-Filmpreisverleihung gleich dreimal erfolgreich: die kanadische Filmmacherin **Terri Nash** erhielt für ihr vom National Film Board produziertes Erstlingswerk „Wenn Du diesen Planeten liebst“ – ein leidenschaftliches Plädoyer gegen Atomwaffen – den begehrten Filmpreis in der Kategorie der Dokumentar-Kurzfilme. Der Oscar

für den besten Dokumentarfilm ging an **John Zaritsky** und seinen Film „Noch ein verschwundenes Kind“. Und die kanadische Produktion „Auf der Suche nach dem Feuer“ wurde mit einem Oscar für die beste Maske ausgezeichnet. Der preisgekrönte Antikriegsfilm „Wenn Du diesen Planeten liebst“ hatte im Frühjahr international für Schlagzeilen gesorgt, als er – zusammen mit zwei kanadischen Dokumentarfilmen über Säureregen – in den USA offiziell als „Propaganda“ eingestuft worden war – eine Entscheidung, die erst durch einen Gerichtsbeschluss wieder aufgehoben wurde.

Arktische Nachbarn

Rund 250 Inuitdelegierte der vier Nordpol-Nachbarstaaten – der USA, Grönlands, Kanadas und der UdSSR – werden bei ihrer dritten internationalen Zusammenkunft vom 25. bis 31. Juli, die diesmal in Frobisher



Bay in den kanadischen Nordwest-Territorien stattfindet, ihre gemeinsamen Probleme vortragen und Lösungsversuche entwickeln.

Unter dem Thema dieser internationalen Konferenz „Die Arktis – Unsere gemeinsame Verantwortung“ – wollen die Repräsentanten der im hohen Norden lebenden Bevölkerung an der Entwicklung einer pol-umgreifenden Arktispolitik arbeiten. Zu den wichtigsten Themenbereichen der Frobisher-Konferenz gehören die Erschließung arktischer Rohstoffe sowie die für die arktischen Regionen spezifischen Umweltprobleme.

Traditionsbewußt

In einer Schule in Calgary können junge Indianer der Prärieprovinzen neuerdings lernen, nach Art der Vorfäter, der Präriean Indianer, zu leben und zu überleben – zu-



Radio Canada International

Sendeplan

Ein tägliches Halbstundenprogramm in deutscher Sprache wird um 17.30 Weltzeit auf den folgenden Frequenzen ausgestrahlt:

Kurzwellen: (bis 3. Sept.)

7235 (41 M)
9555 (31 M)
15325 (19 M)
17820 (16 M)

(ab 4. Sept.):

5995 kHz (50 Meterband)
7235 kHz (41 M)
15325 kHz (19 M)
17820 kHz (16 M)
21695 kHz (13 M)

Jeweils 17.30 Uhr im Raum Berlin:

UKW: 90,2 MHz
MW: 810 MW (370 M)

Radio Canada International versendet auf Anfrage kostenlos einen Sendepan:

P.O. Box / C.P. 6000
Montréal, Canada
H3C 3A8

Begegnungen mit Kanada

Hamburg bis 15. Juli	Ausstellung von Münzen Royal Bank of Canada
Bremerhaven 30. Juli bis 30. Sept.	Inuit-Ausstellung Schiffsmuseum
Rheine 21.-27. Aug.	Kanada-Tage
Krefeld ab 4. Sept.	Ausstellung „Microcosma“ Textilmuseum
Köln Ende Sept.-Okt.	Kanadische Holographie Museum für Holographie und neue visuelle Medien, Köln-Pulheim
Bamberg 4.-7. Okt.	Konferenz der Deutschen Polar- gesellschaft mit Ausstellungen: „Inuit“ und „Arktische Inseln“
Mannheim 12. Okt.	Konzert der York Wings Feuerwache

mindest für einige Tage. Auf dem Stundenplan stehen neben den klassischen Bildungsfächern das Erlernen von indianischen Fertigkeiten und kulturellen Traditionen wie Spuren lesen, Feuer entfachen und Fallen stellen. Jeweils einmal im Monat zieht eine gut vorbereitete Schülergruppe aus, um in freier Natur zu zeigen, wie gut sie sich den ungewöhnlichen Lehrstoff erarbeitet hat. So ist der Proviant für diese 5-Tages-Touren lediglich für drei Tage bemessen. „Die Schüler lernen dabei sehr schnell kooperativ zu han-

